

Barbara John

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte meinem Beitrag ein chinesisches Sprichwort voranstellen. Sprichworte haben oft die Eigenschaft, mit wenigen Worten den Kern eines Gedankens oder eines Problems auszudrücken. Das chinesische Sprichwort lautet: „Sage mir etwas und ich werde es vergessen, zeige mir etwas und ich werde mich daran erinnern, beteilige mich und ich werde mich verändern.“

Ich glaube, dass dieser Gedanke auf uns alle zutrifft. Sie wissen alle, dass man reden kann, dass man Menschen auffordern kann, aber es geht an ihnen vorbei, weil man nur Gehörtes schnell vergisst und sich nicht angesprochen fühlt. Eine entscheidende Bedingung für Veränderung ist, dass Menschen einbezogen werden und darum soll es in unserer Arbeitsgruppe gehen. Wie schaffen wir es, dass eine Gruppe, die zu den Zuwanderern gehört, und hier noch keine lange Tradition hat, sich stärker an dem Geschehen beteiligt; sich beteiligt an der Prävention - also an der Verhinderung von Gewalt und Kriminalität - oder positiv ausgedrückt: sich beteiligt am Aufbau einer friedlichen Gesellschaft und sich beteiligt an einem friedlichen Zusammenleben im jeweiligen Kiez.

Wir haben ein Beteiligungsproblem der Zuwandererfamilien auf allen Ebenen. Sie brauchen sich nur die Elternvertretung in den Schulen anzuschauen, oder die Vertretungen in den Sanierungsgebieten, da gibt es die gleichen Phänomene. Vertreter von Zuwanderern finden sich eher selten in diesen Gremien. Es sind oft z.B. die Sprachbarrieren, die eine Rolle spielen. Man hat nicht immer Dolmetscher zur Hand. Aber selbst wenn sie da sind, zieht sich so eine Veranstaltung oft dreimal so lange hin, weil alles in eine andere Sprache übersetzt werden muss. Das ist ein faktischer Grund, der die Beteiligung von Zuwanderern manchmal erschwert. Ich glaube aber, dass das vorübergehend und im Verschwinden begriffen ist, weil mehr und mehr die Generation der Zuwanderer Verantwortung übernimmt, die hier aufgewachsen ist, wenngleich sie es natürlich bei den Eltern nie gelernt hat, dass es sinnvoll ist, „Verpflichtungen“ dieser Art zu übernehmen. Die Elterngeneration hat sich nicht „eingemischt“, weil sie für sich „nur“ eine vorübergehende Lebensperspektive in diesem Land gesehen hat. Natürlich hängt das auch damit zusammen, dass sie hier nicht wahlberechtigt sind. Ursachen für mangelnde Beteiligung von Zuwanderern gibt es also genug.

Die Frage, mit der wir uns hier auseinandersetzen müssen, lautet daher: Wie können wir Zuwanderer jetzt besser einbeziehen und stärker beteiligen. Das ist die Aufgabe vor der wir stehen. Selbstverständlich habe ich nicht die Erwartung, dass jemand ein Patentrezept liefert. Gleichwohl sollten wir langsam ein Stufenkonzept entwickeln, um die Partizipation von Zuwanderern zu verbessern. Wir sollten Vorstellungen entwickeln, wie wir das nachprüfen können und wie wir - wenn die Ergebnisse eben nicht zufriedenstellend sind - dann auch in weiteren Stufen eine solche Beteiligung herbeiführen können.

Ein zweiter Punkt:

Diese Runde darf nicht den Eindruck erwecken, als sei die Einbeziehung in Präventionsverhalten gegenüber Kriminalität und Gewalt eine Aufgabe, die deshalb eine Ausländer- und Zuwandererbeteiligung verlangt, weil in diesen Bevölkerungsgruppen die Geschehnisse besonders eskalieren. Das ist ja nicht so. Jeder weiß das. Vielmehr gehen wir geradezu von einer umgekehrten Wirkung aus. Zuwanderer und ihre Familien sind häufig stabilisierende Elemente in ihrem Kiez, in ihrer Straße, und sie tragen natürlich zu einem gut nachbarschaftlichen Verhältnis bei, wenn man sie beteiligt und wenn sie sich engagieren. Sie sind Geschäftsleute in der Straße, sie führen Vereine und können durch ihr Engagement einen positiven Einfluss auf das gesamte Wohngebiet ausüben. Diese aktiven und interessierten Menschen müssen wir im Kiez ansprechen, sie einbeziehen damit sie sich das Geschehen nicht nur angucken sondern eine aktive Rolle übernehmen. Also, Einbeziehung, nicht weil die Zuwanderer mit einem besonders hohen prozentualen Anteil am Kriminalitätsgeschehen

beteiligt sind, sondern weil sie als Kiezbewohner darauf einen positiven Einfluss haben. Das ist mir sehr wichtig.

Die beiden Moderatoren, die dieses Gespräch leiten werden, sind einmal Herr Çinar – also ein türkischstämmiger Berliner, der beim Deutschen Gewerkschaftsbund arbeitet und sicher auch etwas zu seiner Arbeit sagen kann, und Herr Brandl, von Camino, der Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich.

Barbara John ist Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin

Kontakt

Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin
Potsdamerstraße 65
10875 Berlin

Tel.: 030 / 9017 2351

Fax: 030 / 2625407

E-Mail: barbara.john@auslb.verwalt-berlin.de

Internet: www.berlin.de/auslb

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT